

Zuwanderer aus der Isolation holen

ml

Experten fordern ein Umdenken der Kommunen

VON UNSEREM REDAKTEUR
FRANK J. EICHHORN, BERLIN

► Das Problem ist erkannt, aber noch lange nicht gelöst: In Deutschland leben einschließlich der illegalen Zuwanderer 13 Millionen „Personen mit Migrationshintergrund“, wie die Behörden jene Menschen nennen, die aus anderen Ländern gekommen sind und häufig Probleme mit der Sprache, aber auch ganz allgemein mit der Integration in die deutsche Bevölkerung haben.

Viele Rezepte werden empfohlen, aber nicht einmal das jahrelang favorisierte Konzept, Einheimische und Zuwanderer zu „mischen“, sie also gemeinsam neben- und miteinander in Wohnvierteln anzusiedeln, ist unumstritten. In den betroffenen Städten hat man die Erfahrung gemacht, dass nicht-gemischte Quartiere hilfreich sein können. Die zugewanderten Menschen leben zumindest anfangs gern in der Nachbarschaft einer gleichsprachigen Bevölkerung, weil so etwas wie Heimat in der Fremde entsteht.

Die Hoffnung, dass die „Neuen“ über den Arbeitsplatz nach und nach integriert werden könnten, weil Arbeitskollegen und die notwendigen Anpassungen an die betriebliche Umgebung helfen, hat lange Zeit die Suche nach anderen, besseren Wegen behindert. Aber nun muss umgedacht werden. Denn „die Integrationsmaschine Arbeitsmarkt greift in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit immer weniger“. Über diesen Befund waren sich Experten auf dem Kongress „Zuwanderer in der Stadt“ einig. Die Darmstädter Schader-Stiftung hatte in Berlin Repräsentanten aus den Kommunen und aus der Wohnungswirtschaft eingeladen, um mit rund 350 Vertretern aus Wissenschaft und Praxis über Problemlösungen zu diskutieren.

Kommunen und Wohnungswirtschaft müssen mehr tun. Auch das ein Befund, dem auf dem Kongress niemand widersprochen hat. Wenn der Arbeitsmarkt als Instrument ausfällt, dann gewinne das Lebensumfeld, vor allem die Wohnung und das Stadtquartier, immer mehr Bedeutung, wenn es gilt, den „Neuen“ das Hineinwachsen in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. Aber auch Faktoren wie Bildung, Spracherwerb und die sogenannte Mig-

ranten-Ökonomie, also von Zugewanderten geführte Unternehmen, sollen in Quartieren mit hohem Zuwandereranteil stärker unterstützt werden. Die Experten waren sich einig, dass gerade die Migranten-Ökonomie besonders geeignet sei, Zuwanderern die Teilnahme am Erwerbsleben und die Unabhängigkeit von staatlichen Hilfen zu ermöglichen und ihnen die Integration zu erleichtern.

Herausragende Bedeutung messen die Experten der schulischen Bildung bei, zumal die Generation der Eltern nicht selten als „bildungsfern“ gilt, also, wenn überhaupt, nur geringe Schulkenntnisse mitbringt und dann häufig auch die Bildung der Kinder vernachlässigt. Die Experten empfehlen außerdem, die Schulen zu nutzen, um Schwellenängste der Eltern gegenüber Bildungseinrichtungen zu verringern und sie für Erwachsenenurse zu öffnen. Kritisch heißt es in den „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“, die deutsche Gesellschaft habe es versäumt, soziale und Freizeitangebote auch über die Schulen anzubieten. In diese Lücke seien Koranschulen und Moscheevereine getreten – mit der Folge, dass beispielsweise muslimische Kinder und Jugendliche sich überwiegend im kulturellen und sprachlichen Umfeld des Herkunftslandes ihrer Eltern bewegen.

Drohen ethische Konflikte?

Mit abnehmendem Wirtschaftswachstum und zunehmender Konkurrenz um Arbeitsplätze werde das Konfliktpotenzial zwischen Deutschen und Zuwanderern wahrscheinlich wachsen, heißt es im Bericht, den die Stiftung mit dem Deutschen Städtetag und dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer herausgegeben hat. Noch sei es nicht zu gewalttätigen Konflikten zwischen ethnischen Gruppen gekommen, wie sie in westeuropäischen Nachbarstaaten registriert werden. Aber eine Garantie dafür, dass die Zuwanderung in Deutschland weiter relativ konfliktfrei verlaufen werde, gibt es nicht. „Wir müssen die Probleme jetzt lösen“, forderte Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover und Vizepräsident des Städtetages, denn „sonst habe wir bald Probleme, die wir nicht mehr lösen können.“